

Wittmann, Plessl: Bundesheer kann seinen verfassungsmäßigen Auftrag nicht mehr erfüllen

Utl.: Dafür "Spitzeloffiziere" für die anderen Ministerien - SPÖ
kündigt parlamentarische Anfrage an =

Wien (OTS/SK) - Mit einem Hilfeschrei hat sich der Generalstab im Frühjahr 2019 an die Öffentlichkeit gewandt und in einem extra erstellten Positionspapier aufgezeigt, dass das österreichische Bundesheer nicht mehr in der Lage ist, seinen verfassungsmäßigen Auftrag zu erteilen. In diesem Papier werden Entwicklungsszenarien des Österreichischen Bundesheeres aufgezeigt, wenn der Budgetpfad so bleibt, wie gegenwärtig festgelegt. So beispielsweise: „Der verfassungsmäßige Auftrag kann nicht mehr erfüllt werden. Es kommt zu einem Fähigkeitsverlust in weiten Aufgabenbereichen. Altes Gerät wird ohne Ersatz ausgeschieden und Infrastruktur verfällt zunehmend weiter. Eine aktive Luftraumüberwachung ist nicht mehr vorhanden, da keine Flugzeuge vorhanden sind.“ ****

Der Landesverteidigungssprecher der SPÖ, Rudolf Plessl, zeigte sich schockiert zu diesem vom Generalstab erstellten Positionspapier. „Wenn der höchste Soldat Österreichs solche Aussagen öffentlich trifft, dann brennt das Dach.“ Das österreichische Bundesheer kann also seine Schutzfunktion gegenüber den Österreicherinnen und Österreicher nicht mehr erfüllen, wenn nicht im nächsten Budget die notwendigen Mittel für Beschaffungen vorgesehen sind.“

Deshalb hat der Verfassungssprecher der SPÖ, Peter Wittmann, gemeinsam mit dem Landesverteidigungssprecher Rudolf Plessl eine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht, ob diese im nächsten Budget die notwendigen Mittel für das österreichische Bundesheer vorsehen wird und welche konkreten Schritte die Bundesregierung setzen wird, um die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres und damit die Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrags wiederherzustellen.

Angesichts dieser Herausforderung erscheint die Gegenfinanzierung der Steuerreform in keiner Weise gegeben. Vielmehr fürchten die beiden Abgeordneten, dass es zu weiteren Kürzungen im österreichischen Bundesheer kommen wird, "das Bundesheer also zu Tode gespart werden wird".

Für all dies ist hauptverantwortlich ist der zuständige Bundesminister Mario Kunasek (FPÖ), "der scheinbar überhaupt kein Interesse hat, sein Amt wie gesetzlich vorgesehen auszufüllen, sondern vielmehr schon im steiermärkischen Landtagswahlkampf aktiv ist", so die Kritik der SPÖ. Es sei höchst unverantwortlich, einen Bundesminister für so ein heikles Ressort einzusetzen, der überhaupt kein Interesse an der Erfüllung seiner Aufgaben hat. Dafür trägt die Spitze der Bundesregierung Bundeskanzler Sebastian Kurz die Verantwortung.

Zwtl.: Parlamentarische Anfrage zu Kunaseks "Spitzeloffizieren" in den anderen Ministerien

Angesichts dieser Problemlage des Bundesheeres verwundert es noch viel mehr, dass heute bekannt wurde, dass Bundesheeroffiziere in das Bundeskanzleramt sowie in sechs weitere Ressorts abkommandiert wurden, "um dort anscheinend Spitzelaufgaben für Mario Kunasek und seinen Generalsekretär Wolfgang Baumann zu erledigen".

Die beiden Abgeordneten kündigten schließlich eine weitere Anfrage, diesmal an den Verteidigungsminister, an, mit welcher die Entsendung von Bundesheeroffizieren in andere Ressorts sowie die damit verbundenen Kosten hinterfragt werden. "Es kann wohl nicht sein, dass für die österreichischen Soldatinnen und Soldaten kein Geld da ist und diese mit untauglichen Ausrüstungsgegenständen ihre Aufgaben erfüllen müssen, aber gleichzeitig Geld genug bereitsteht, um Spitzeloffiziere in andere Ressorts zu entsenden", kritisieren Wittmann und Plessl.

(Schluss) wf/ls

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Parlamentsklub

01/40110-3570

klub@spoe.at

<https://klub.spoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0121 2019-05-03/11:47

031147 Mai 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190503_OTS0121